



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kaarst

05.04.2025

Offener Brief der SPD Kaarst zur möglichen Aufhebung von Tempo-30-Regelungen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Vertreter der Verwaltung haben in der Sitzung des MUKL am 2. April 2025 berichtet, dass sie zurzeit die in der Stadt Kaarst festgelegten Geschwindigkeitsbegrenzung mit Tempo 30 überprüfen. Sie haben darauf hingewiesen, dass das Ergebnis möglicherweise auch dazu führen kann, dass bestehende Tempo 30 Zonen in der Stadt wieder aufgehoben werden (s. Bericht der NGZ v. 3. April 2025).

Besonders irritierend war die Begründung, dass an einigen verkehrsberuhigten Straßenabschnitten schneller als 30 km/h gefahren werde, und deshalb die Geschwindigkeitsregeln an die Praxis angepasst werden sollten.

Wir sind über dieses Vorgehen der unter Ihrer Verantwortung stehenden Verwaltung in höchstem Maße irritiert. Zum einen hat der Rat ein Mobilitätskonzept beschlossen, indem eine Ausweitung von geschwindigkeitsbegrenzenden Maßnahmen, auch im Zusammenhang mit der Erhöhung der Sicherheit von Radfahrenden und Fußgängern vorgesehen ist. Leider hat Ihre Verwaltung bisher wenig Elan bei der Umsetzung dieser Maßnahmen entwickelt.

Im Herbst hat der Rat den neuen Lärmaktionsplan beschlossen, in dem an besonders befahrenen Straßen aus Gründen des Lärmschutzes eine Reduzierung der Geschwindigkeit festgelegt ist.

Wir dürfen daran erinnern, dass der Deutsche Bundestag im vergangenen Jahr eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung beschlossen hat, mit der es den Kommunen leichter und vor allem rechtssicher möglich ist, Geschwindigkeitsbegrenzungen für bestimmte Gefahrenlagen festzulegen. Als solche werden in den Ausführungsbestimmungen Fußgängerüberwege an Kindergärten, Kindertagesstätten, Spielplätzen und hochfrequentierten Schulwegen sowie die Bereiche von Alten und Pflegeheimen benannt.

Damit hat der Bundestag in Teilen einer Forderung von inzwischen 1.130 Kommunen entsprochen, die mit ihrer Initiative "**Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten**" gefordert haben, *„die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten.“*

**SPD**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kaarst

Dieser Initiative ist die Stadt Kaarst durch einstimmigen Beschluss des Stadtrats am 7. April 2022 beigetreten. Das Verhalten der von Ihnen geleiteten Verwaltung richtet sich gegen den ausdrücklichen Willen des Stadtrates.

Vor diesem Hintergrund erwartet die SPD, dass Sie Ihre Verwaltung dazu anhalten, Pläne, die zu einer Aufhebung der bestehenden Tempo 30- Regelungen führen können, stoppen. Besser wäre es, die immer beklagten knappen personellen Ressourcen dafür einzusetzen, endlich damit zu beginnen, das Mobilitätskonzept umzusetzen und Vorschläge zu entwickeln, wie die Möglichkeiten, die die neue Straßenverkehrsordnung zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer enthält, umgesetzt werden können.

Zugleich weisen wir darauf hin, dass die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger im Straßenverkehr keine rein administrativ-technische Angelegenheit ist, wie die Straßenverkehrsbehörde meint. Vielmehr handelt es sich bei der Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen um eine politische Aufgabe der Gestaltung unseres Gemeinwesens, die der Diskussion und der Entscheidung in den zuständigen Gremien der Stadt nicht entzogen werden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Fink

SPD-Bürgermeisterkandidat

Ulrike Bruckner-Kindsmüller

SPD-Ortsvereinsvorsitzende

Hildegard Kuhlmeier

SPD-Fraktionsvorsitzende